

20.

Einheitliches mitteleuropäisches Strafrecht.Von Dr. August Finger, Halle.¹⁾

I. Es ist psychologisch leicht zu erklären, daß das gegenwärtige Völkerringen, welches in gewaltiger Weise, wie nie zuvor, gezeigt hat, daß die beiden europäischen Mittelmächte: Deutschland und Österreich auf Gedeihen und Verderb miteinander für eine lange Periode der Geschichte verbunden bleiben müssen, das sorgenvolle Bestreben gezeitigt hat, die zwischen beiden Staaten bestehende Verbindung zu vertiefen, sie sicherer zu verankern, als dies geschehen kann in völkerrechtlichen Vereinbarungen, deren problematischen Wert die Erlebnisse der abgelaufenen Kriegsjahre bewiesen haben. Der Krieg hat uns an dem Beispiel Italiens und Rumäniens gelehrt, daß feierliche Zusagen in nichts zusammenfallen, einfach beiseite geschoben werden können, ohne daß „Entrüstungstürme“ die ganze gesittete Welt durchbrausen. Die völkerrechtliche Bindung von Staaten hat sich als etwas so ephemerum herausgestellt, daß es begreiflich ist, wenn das Sinnen und Trachten darauf gerichtet wird, der Verbindung zwischen den aufeinander angewiesenen Staatenvölkern Deutschlands und Österreichs eine Form zu geben, die größere Sicherheit gewährt als die von Souveränen für ihre Staaten abgeschlossenen Verträge. Seit Beginn des Krieges werden Stimmen laut, die solchen Erwägungen entspringen. Das Bündnis hat seinen Segen für die beiden Staaten-Völker bewährt, in ihrem Willen, es aufrecht zu erhalten, soll es die Gewähr für die Zukunft finden. Eine staatsrechtliche Ausgestaltung des Bündnisses wird gefordert — es soll eine Form gefunden werden, die sicherer ist als das Wollen, als die Treue Einzelner.

Diesem politischen Gedanken trägt Rechnung die Bestrebung, einen deutsch-österreichischen Wirtschaftsverband zu errichten, die beiden Staaten durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen einander noch näher zu bringen, von vornherein die Möglichkeit gewisser Reibungen auszuschalten, welche sich aus wirtschaftlichen Gegensätzen ergeben könnten. Diesem Ziele dienen die Bestrebungen der während des Krieges ins Leben gerufenen deutsch-österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung.

¹⁾ Vgl. auch unten S. 347 die Ausführungen Mittermaiers.

Der deutsche Juristentag, von dem die Forderung ausgegangen ist, „in Anlehnung an den politischen und militärischen Zusammenschluß und an die in weiten Kreisen erstrebte wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns, den Gedanken einer Vereinheitlichung oder Annäherung des Rechtes der verbündeten Staaten zu erörtern“, will die Vereinheitlichung zunächst in Angriff nehmen für das gesamte Handels-, Wechsel- und Scheckrecht, das Schiffsfahrts-, Versicherungs- und Konkursrecht sowie den gewerblichen Rechtsschutz. „Im übrigen bedarf es zuvor einer genaueren Feststellung, wie weit auf dem Gebiete des bürgerlichen, des Straf- und des Prozeßrechts und darüber hinaus auf anderen Rechtsgebieten eine Rechtsvereinheitlichung unter Berücksichtigung der Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen durchführbar ist“.

Im Gegensatz hierzu hält v. Liszt die Frage der Vereinheitlichung des Strafrechts bereits für spruchreif und tritt in warmer Weise (§. 38 S. 1) für diesen Gedanken ein.

Eine Stellungnahme zu den v. Liszt'schen Anschauungen wird von der besonderen Forderung des Tages absehend, sich zunächst über die grundsätzliche Frage in aller Kürze Rechenschaft ablegen müssen, welcher Wert der Tatsache zukommt, daß in zwei Staaten inhaltlich gleiches Recht, oder (diese Frage interessiert hier allein) inhaltlich gleiches Strafrecht gilt. Aus der Beantwortung dieser Frage wird sich von selbst ergeben, ob die Vereinheitlichung des Strafrechts als richtiges Mittel zu dem von der deutsch-österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung gewollten Zweck bezeichnet werden kann.

II. Daß innerhalb eines Staates für alle Angehörigen dasselbe Recht gelten soll, daß Staatsgebiet und Geltungsgebiet des Rechts zusammenfallen sollen, ist vielfach eine Forderung, die als axiomatische, keines weiteren Beweises bedürftige hingestellt wird. Eine a priori als richtig einleuchtende Forderung ist dies aber keineswegs.

Recht ist eine Form der Verwirklichung der Gerechtigkeit; die Gerechtigkeit verlangt, daß jedes nach seinem Wesen, also Verschiedenes verschieden, behandelt werde. Dem entspricht meist die Rechtsordnung. Die Form des Abschlusses von Verträgen, die Rechtsfolgen, welche an das Zustandekommen von Verträgen geknüpft sind, sind vielfach im Handelsrecht anders, als im bürgerlichen Recht geregelt, d. h. es besteht für bestimmte Gruppen eines Staatsvolkes eine andere Rechts-

ordnung. In der Beseitigung dieses Unterschiedes wird man einen Fortschritt nicht erblicken.

Letzten Endes spielt hier die schwerwiegende und grundsätzliche Erwägung eine Rolle, wie weit das Recht bei Regelung der Lebensverhältnisse generalisieren, von Besonderheiten des einzelnen Falles absehen muß. Jede Generalisierung trägt ein bestimmtes Maß von Ungerechtigkeit, bisweilen auch ein bestimmtes Maß von Unzweckmäßigkeit in sich.

Der unausgetragene Gegensatz zwischen den beiden Richtungen im Strafrecht: der sogenannten „klassischen“ und der „jungdeutschen“ Richtung, ist zum großen Teil Verschiedenheit der Anschauungen darüber, welches Maß von Generalisierung richtiges Strafrecht verträgt. Die mannigfachen Reformvorschläge, die gerade v. Liszt mit vieler Wärme zielbewußt vertreten hat, laufen darauf hinaus, der Strafrechtspflege die Berücksichtigung des einzelnen Falles besser zu ermöglichen, sie von den Fesseln einer allgemein gehaltenen Vorschrift zu befreien. Ja der oft wiederholte und oft mißverständene Satz: „Gegenstand des Strafrechts ist der Täter, nicht die Tat“ — enthält in vieldeutiger und daher für ein Programm ungenügender Fassung den Grundsatz der Emanzipation von verallgemeinernden Vorschriften bei Ausübung der Strafrechtspflege.

Es ist kein Zufall, sondern das Ergebnis folgerichtigen Denkens, daß die Anhänger der Lombrososchen Richtung in Italien Gegner einer Vereinheitlichung des Strafrechts waren. Sie sahen in der Vereinheitlichung des Rechts eine Erschwerung der Verwirklichung der Forderung nach individueller Behandlung jedes Täters. Der in der sogenannten Reformbewegung hervorstechende Zug einer Begünstigung gewisser Maßregeln, deren Verhängung im einzelnen Falle vom richterlichen Ermessen abhängig gemacht wird, schlägt eine starke Bresche in das einheitliche Recht.

Es ist interessant, in v. Liszts Abhandlung Gedanken zu begegnen, die von einem anderen Ausgangspunkt aus gelponnen, jenen durchaus feindlich sind, die sich aus den Grundgedanken ergeben, in welchen man mit das Wesen der „Reform im Strafrecht“ erblickt hat. Auch auf dem Gebiete des Zivilrechts geht die Entwicklung der letzten Jahre dahin, die Selbständigkeit des Richters zu erhöhen, ihn „von den Fesseln des Gesetzes mehr zu befreien“.

Soll das Recht der Verwirklichung des Gedankens, daß jedes nach seinem Maße behandelt werde, entsprechen, dann wird das Recht

in Staaten buntgedigter sein, die nicht von einem Volk, nicht von Gruppen übereinstimmender Kultursicht bewohnt sind. Einführung einheitlichen Rechts für mehrere Staaten wird stets weitgehende verallgemeinernde Regelung fordern und insoweit von vornherein nicht unbedenklich sein.

Staaten sind um so mächtiger in ihrem Wollen und Handeln, je einheitlicher das Wollen der Elemente ist, welche den Gesamtwillen, die Resultierende der vielen Einzelwillen beeinflussen. Die Politik zielbewußt geleiteter Staaten wird daher stets darauf gerichtet sein, wesentliche Unterschiede, welche zwischen den einzelnen im Staate wohnenden Gruppen bestehen, auszugleichen, die vorhandenen Gegensätze zu mindern. Es ist die schwierigste Aufgabe der Politik, hier das Richtige zu finden. Denn der Fortschritt entsteht aus Gegensätzen, wird durch das Vorhandensein derselben gefördert. Das Ergebnis der „öden Gleichmacherei“ wäre „Verflachung, nicht Vertiefung; die Verarmung, nicht die Bereicherung des kulturellen Lebens“. Freilich darf hierbei das andere Moment nicht übersehen werden. Der Gesamtwille wird um so zielbewußter und stärker, je mehr die Eigenart der Gruppen, die das Ganze bilden, zurücktritt. Franzosen, Russen (Slawen), selbst Engländer treten zielbewußter, entschiedener als wir Deutschen nach außen auf, weil das Einzelwollen von Gruppen sich dort leichter der gegebenen Richtung des Gesamtwillens unterordnet, ihr nicht entgegenwirkt. Gerne würde man in manchen geschichtlich bedeutsamen Phasen uns Deutschen zurufen: mehr Herdenwille, weniger Eigenbrödelei.

III. Eines der Mittel, eine Annäherung von Schichten, die auf verschiedener Kulturentwicklung stehen, herbeizuführen, bestehende Gegensätze auszugleichen, ist zweifellos das Recht.

Inhaltlich gleiches Recht für verschiedene Gruppen ist allerdings ein Übel; die Gruppen, deren Wesen das Recht nicht angepaßt ist, werden seine Geltung als etwas Fremdes, Drückendes empfinden. Diese Phase der inneren Ablehnung des Rechts kann aber eine vorübergehende sein. Das Recht, das seine Macht aus der übereinstimmenden Anschauung der Rechtsgenossen herleitet, ist zugleich ein Hebel, der diese Übereinstimmung bewirkt.

Die Rechtsätze enthalten Urteile, deren Bestand und Anwendung in hohem Maße beeinflussend, suggestiv wirkt, die Anschauungen derer, für die sie gelten, bestimmt.

Für das Denken und Fühlen des Einzelnen ist die Rechtsordnung, in die er hineingeboren wird, von größter Bedeutung. Der Mensch ist mehr, als dies gemeinhin beachtet wird, Teil einer Gemeinschaft. Es ist unsoziologisch gedacht, wenn man die Gemeinschaft als die Summe der vielen Einzelnen ansieht; die Gemeinschaft ist das Gegebene, das Frühere; der Mensch als Einzelwesen existiert nur in einer abstrahierenden Betrachtung. Wenn Ausnahmeverhältnisse vorübergehend einen Menschen nur auf sich selbst gestellt leben lassen, so entwickelt er sich zu einer Abart des genus homo sapiens. Er degeneriert. Es ist auch unsoziologisch gedacht, wenn man das Fühlen und Wollen der Massen als das Ergebnis des Fühlens und Wollens der Einzelnen ansieht.

Der Einzelne ist vielmehr unter der Herrschaft der Vielen, deren Teil er ist, als die Masse die Resultierende aus den Einzelnen. Die meisten Menschen sind nur gleichgültige Gefäße, durch die das Denken und Wollen der Allgemeinheit hindurchflingt. Das Leben des Einzelnen ist durch das Leben des Ganzen analog bestimmt, wie das Leben der Zelle durch das Leben des Organismus, dem sie angehört. Es ist unrichtig, wenn man, wie es in naturwissenschaftlichen Betrachtungen bisweilen geschieht, das Leben des Organismus als das Ergebnis des Lebens vieler Zellen ansieht. Vielmehr lebt die Zelle, funktioniert, als Teil eben des Organismus, dem sie angehört.

Der Mensch kommt als Angehöriger einer Gemeinschaft zur Welt, sie übermittelt ihm ihre Art des Denkens und Handelns. Er ist in seinen Anschauungen das Ergebnis seiner Gruppe. Auch auf dem Gebiete des Seelenlebens gilt eine Analogie der Gesetze der Erhaltung der Kraft. Die Denkungs- und Gefühlsweise des Einzelnen rührt zum großen Teil von Einflüssen der Gemeinschaft her.

Hält man diese Sätze für richtig, dann erscheint die Bedeutung und Tragweite einer inhaltlich gleichen Rechtsordnung für verschiedene Gruppen noch wichtiger und bedeutsamer als bisweilen zugegeben wird. Die hierher gehörigen, überaus schwierigen Probleme des Näheren auszuführen, würde Gegenstand einer weitausgreifenden Untersuchung sein, für die hier nicht der Raum ist. Aber darauf darf hingewiesen werden, weil es mit der hier zur Erörterung gestellten Frage in engstem Zusammenhange steht, daß für die Herstellung einer Kulturgemeinschaft zwischen verschiedenen Gruppen die einzelnen Rechtsteile eine verschiedene Bedeutung haben. Übereinstimmendes Zivilrecht ist von größerem Einfluß als übereinstimmendes

Strafrecht. In der Eigenart des Strafrechts hat dies seine Ursache. Das bürgerliche Recht ist die Form, in welcher die Wirtschaft sich vollzieht. Jeder nimmt täglich aktiv und passiv an diesen Formen teil, sie beeinflussen durch ihre größere Breite und Häufigkeit in höherem Maße als die Sätze des Strafrechts das Gewissen des Volkes.

Das Handels- und Verkehrsrecht, die Regelung des Arbeitsvertrages, des Mietrechtes usw. haben größere erziehlische Bedeutung als die verschiedenen Bestimmungen des Strafrechts.

Das Leben bringt einerseits jeden von uns täglich, ja stündlich mit den die Wirtschaft regelnden Sätzen des Rechts in Verbindung, der regelmäßige Verkehr zwischen Menschen verläuft aber andererseits in Formen, die nur selten verlangen, daß die Menschen von den Bestimmungen Kenntnis nehmen, welche sich auf die Fälle beziehen, die an der Grenze zwischen dem Zulässigen und Verbotenen liegen. Vergleicht man das Leben mit der Fahrt auf einem Strome, dann darf dieser Vergleich auch dazu dienen, um deutlich zu machen, daß die Verschiedenheit des Strafrechts für das Leben die geringere Rolle spielt. Die inhaltliche Verschiedenheit des Strafrechts kann mit der verschiedenen Beschaffenheit der Ufer des Stromes verglichen werden. Der Rachen der meisten treibt in der Mitte des Flusses, läßt sich von der stärksten dort befindlichen Strömung tragen. Wer seine Fahrt nahe den Ufern zurücklegen will, der muß allerdings die Beschaffenheit der Ufer kennen, sonst gerät er in Gefahr, daß sein Schifflein hier in einen Wirbel, dort auf eine Untiefe gelangt.

Weil die Zahl derer, welche die Fahrt an den Ufern zurücklegen, gering ist, erklärt es sich auch, weshalb einer der theoretisch bedeutsamsten Sätze des Strafrechts: der Satz von der *ignorantia iuris*, das Leben gar nicht aufregt, erklärt es sich, weshalb der, welcher ins Ausland reist, nicht vorher den von Binding erwähnten *curfus* des ausländischen Strafrechts durchmacht, sich zur Reise in die Schweiz mit dem „Bädeker“, aber nicht mit dem Schweizer Strafgesetzbuch ausrüstet.

Damit hängt ein Weiteres zusammen. Das bürgerliche Recht, das Handelsrecht usw. müssen sich durch größere Beweglichkeit, Fähigkeit der Anpassung an neue Wirtschaftsformen auszeichnen — das Strafrecht hat mehr Beharrungsvermögen, ist der ungleich konservativere Rechts teil, besonders konservativ in den Vorschriften, welche in erster Linie die Kulturentwicklung beeinflussen, in den Normen.

Der oft wiederholte Satz, daß die Geschichte an Gedanken arm und nur an Formen reich ist, gilt mutatis mutandis für das Strafrecht. Vergleichen wir — wie es in dem verdienstlichen Werke der vergleichenden Darstellung deutschen und ausländischen Strafrechts gesehen ist — das Strafrecht verschiedener Zeiten und Völker, so finden wir bei außerordentlichem Formenreichtum eine Armut an Gedanken.

Der Fülle von Straffsätzen liegen nur wenige Normen zugrunde. Das „ethische Minimum“, dessen Schutz Aufgabe des Strafrechts ist, besteht aus zum größten Teil inhaltlich gleichen Sätzen. In den vielen Strafgesetzen, welche einander im Zeitenlaufe ablösen, bilden die Normen derart das beharrnde Element, daß Binding in der einleitenden Darstellung zu seinen „Normen und ihre Übertretungen“ sagen konnte, daß sich die weitaus meisten Normen vom grauen Altertum bis auf unsere Tage erhalten haben. So konnte es kommen, daß „der französische code pénal und in gewissem Umfang auch das bayerische Strafgesetzbuch von 1813 den Siegeslauf durch die ganze Welt genommen haben“, so konnte es kommen, „daß die Eigenart der preußisch-deutschen Kultur um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, ja selbst die gesamtdeutsche Kultur um 1870 kein Hindernis gewesen ist, für die Aufnahme des fremdartigen und noch dazu veralteten französischen Strafrechts“ — so konnte es kommen, daß „das deutsche Volk es nicht einmal bemerkt hat, daß es unter fremdem Rechte lebe, und es Jahrzehnte gedauert hat, bis die maßgebenden Kreise in Deutschland sich entschließen konnten, die Emanzipation von der napoleonischen Gesetzgebung in Angriff zu nehmen“ — so konnte es kommen, daß „heute noch bei uns ein Strafgesetzbuch gilt, das dem Frankreich der ersten Kaiserzeit entstammt“. v. Liszt wird hier (Zeitschr. 38 S. 11) sein eigener Gegner, denn das glänzende Plaidoyer für die Behauptung, daß sich das Strafrecht zur Vereinheitlichung besonders eignet, ist zugleich die wirksamste Ausführung für die relative Bedeutungslosigkeit und Geringwertigkeit dieser Vereinheitlichung.

Wenn über Nacht das deutsche Reichsstrafgesetzbuch bei uns abgeschafft und das italienische eingeführt würde, so würde diese „Umwälzung“ die Mehrzahl der Menschen gar nicht bemerken, weil die das Leben regelnden Normen in beiden Gesetzgebungen nicht wesentlich sich unterscheiden, das Unterscheidende zwischen beiden Gesetzgebungen in den Straffsätzen zu finden ist.

Es wäre eine mühsame und das Ergebnis kaum lohnende Arbeit, wenn sich jemand der Aufgabe unterziehen wollte, aus der Fülle der

Bestimmungen des italienischen und des deutschen Strafgesetzbuches den Kreis der straffreien Betätigungen herauszuschälen, darzulegen, wie weit die „persönliche Freiheit“ nach Inhalt beider Gesetze geht und wo die Schlagbäume des Strafrechtes errichtet sind. Sicher sind die beiden Freiheitsphären nicht kongruent, die Unterschiede sind von großem theoretischen Interesse, aber von praktisch geringer Bedeutung.

In einem schönen Vortrage, den der geistvolle Merkel bei Antritt der Professur im Jahre 1868 an der Prager Universität gehalten hat, kennzeichnet er den Fortschritt der Strafgesetzgebung in dem Jahrhundert von 1768 bis 1868 von dem schon für seine Zeit sehr rückständigen codex Theresianus bis zum Glaser'schen Entwürfe eines österr. Strafgesetzes als Veränderungen an der Stufenleiter der Strafmittel, durch allmähliches Abbrechen der Strafskala von oben her, und stellt diesen Vorgängen im Gebiete des Strafsystems andere im Gebiete des Verbrechen'systems an die Seite. Als Belege für letzteren Fortschritt vermochte er nur den Rückgang der Verbrechen'sgruppen der Hexerei, Zauberei, Wahrsagerei (die genau genommen eine Einheit bilden) und des Verbrechens des Selbstmordes zu nennen.

Es beweist dies eben die Richtigkeit der früher aufgestellten Behauptung, daß das die verschiedenen Strafgesetze voneinander Unterscheidende in größerem Maße zu finden ist in der Verschiedenheit der Strafrazungen, in der Verschiedenheit der Rechtsfolgen, die verbrecherischem Verhalten angedroht sind.

Man kann aber noch einen Schritt weiter gehen und behaupten, daß selbst diese Verschiedenheit der Strafrazungen vielfach von geringer praktischer Bedeutung ist. Auch sie spielt eine ungleich größere Rolle in den Abhandlungen der Juristen als im Leben, denn, sowie einerseits gegenüber den beweglicheren Strafrazungen die Normen das festere Element sind, sind andererseits die Strafrazungen wieder das beharrende Element gegenüber den Verwaltungsvorschriften, welche dem Blankett der Strafgesetze erst Leben und Wirksamkeit verleihen.

Es gibt Kriminalisten, welche mit vielem Scharfsinn aus den einschlagenden Paragraphen des deutschen und österreichischen Strafgesetzbuches den Nachweis führen, wie sich die Freiheitsstrafe in Deutschland von jener in Österreich unterscheidet. Das Leben geht indessen seinen eigenen Weg. Ich kenne aus mehrjähriger Erfah-

rung die österreichischen Strafeinrichtungen genau, und ich nehme alljährlich die Gelegenheit wahr, verschiedene deutsche Strafanstalten zu besichtigen; auf Grund dieser Erfahrung kann ich die Behauptung aufstellen, die kaum Widerspruch finden wird, daß ein Verbrecher, welcher nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe, z. B. in Ratibor, nach Österreich käme, dort zur Strafe des schweren Kerlers verurteilt und zur Verbüßung der Strafe nach Stein a. d. Donau eingeliefert würde, aus den Erfahrungen, die er gesammelt hat, nicht zur Erkenntnis kommen würde, daß in Österreich ein Strafgesetz gilt, das aus dem Jahre 1803 herrührt, während der deutsche Strafvollzug auf dem Reichsstrafgesetzbuche des Jahres 1871 gründet.

Ja, man kann, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, sagen, daß ein Verbrecher, der zwei Strafen nacheinander, z. B. in Stein a. d. Donau und in Ratibor, zu verbüßen hätte und in Unkenntnis darüber belassen würde, welchen Staatsgebieten die beiden Anstalten angehören, der Überzeugung leben könnte, er sei aus der Strafanstalt einer Provinz in eine andere Strafanstalt derselben Provinz „evakuiert“ worden. Und umgekehrt wird bisweilen mancher, der aus einer Strafanstalt in einer Provinz in die einer anderen Provinz gebracht würde, aus dem Strafvollzug den Eindruck gewinnen, daß er Strafen in zwei verschiedenen Rechtsgebieten verbüße.— Die Verwaltungsvorschriften, welche zur näheren Regelung des Strafvollzuges im Rahmen der Gesetze erlassen werden, rufen den toten Buchstaben des Gesetzes erst zum Leben. Aber auch die Verwaltungsvorschrift ist wieder totes Wort gegenüber dem Geiste, in dem sie gehandhabt wird. Während der Zeit meiner Tätigkeit als Strafrechtslehrer in Prag habe ich alljährlich wiederholt zur Ergänzung meiner Vorlesung über Gefängniskunde mit Gruppen von Studierenden die bei Prag befindliche Strafanstalt „Pantraz“ besichtigt.

Da ich auch sonst öfter in die Anstalt zu Studienzwecken kam, waren mir einzelne Sträflinge genau bekannt. Bei einem Besuche fand ich einen Sträfling, der früher immer frisch und guter Dinge gewesen war, sehr niedergeschlagen. Auf meine Frage, ob ihn seither ein Leid getroffen, gab er mir zur Antwort, „es geht mir sehr schlecht — ich bin gar nicht mehr in Pantraz“. Die Leitung der Anstalt hatte inzwischen gewechselt. Unter der Herrschaft des böhmischen Strafgesetzbuches, das dem österreichischen (mit Ausnahme der Bestimmungen über Bigamie) gleich ist, besteht in der Strafanstalt „Beniza“ progressiver Strafvollzug mit landwirtschaftlicher Zwischenanstalt,

bedingter Beurlaubung der Sträflinge — kurz mit Einrichtungen, von denen das ehrwürdige österr. Strafgesetz keinerlei Spuren aufweist.

Nur so ist es zu erklären, daß auf einer Tagung von Strafanstaltsbeamten zwischen den Leitern zweier österreichischer Strafanstalten eine Meinungsverschiedenheit darüber entstanden ist, ob das österreichische Strafgesetz vom Jahre 1852 auf dem Abschreckungs- oder auf dem Besserungsgedanken beruht. Es ist eine Form, welche die Verwaltung mit diesem oder mit jenem Geiste erfüllen kann.

Nur so konnte es kommen, daß eine der einschneidendsten Reformen, welche der österr. Strafvollzug in den letzten Jahren erfahren hat: die Einführung des Jugendstrafrechts, im Wege eines Ministerialerlasses geschah. Das Strafgesetz gibt hiervon nicht die geringste Kunde. In der sorgfältigen, von Löffler herrührenden Ausgabe des österr. Strafgesetzes teilt eine Anmerkung zu einem Gesetzesparagrafen mit, daß das, was als „Verwaltungsvorschrift“ in der „Anmerkung“ steht, im Leben einen größeren Fortschritt, eine größere Umwälzung bedeutet, als die zum Strafgesetz erlassenen Gesetzesnovellen.

Die Juristen, besonders die mit der feinen Arbeit der systematischen Darstellung der Gesetze beschäftigten Juristen, haben sich gewöhnt, die Bedeutung der theoretischen Unterschiede für das Leben zu überschätzen. Würde sich heute jemand der Mühe unterziehen, festzustellen, welche praktisch bedeutamen Konsequenzen sich daran knüpfen würden, daß das heutige deutsche Strafgesetzbuch von einem der vielen bestehenden Entwürfe abgelöst wird, so würde er finden, daß die Zahl der lebenspaßenden Vorschriften eine relativ geringe ist. Das Schwergewicht läge darin, daß zu den repressiven Vorschriften geltenden Rechts eine Reihe vorbeugender Maßregeln hinzukommen würde. Im übrigen würde zum großen Teil der alte Strom nur in ein neues Bett geleitet.

Kann man die erwähnten Andeutungen teilen, dann ergibt die Prüfung der Frage, ob durch eine Vereinheitlichung des Strafrechts die Ziele gefördert werden, die den Anhängern jenes Planes vorzeichnen, ein glattes: nein. Alle Bestrebungen wie die genannten, dürfen aber gewisse völkerpsychologische Momente nicht übersehen, nicht vergessen, daß ein unvorsichtiges Vereinheitlichungs-Streben leicht dadurch mehr schaden als nützen kann, weil es geeignet ist, latenten Widerspruch zu aktuellem zu machen und schlummernde Kräfte, zu wecken, die dem Ziele gefährlich sind, für welches die Vereinheit-

lichung ein Mittel sein soll. Vor etwa vier Jahrzehnten hat der damalige Justizminister Glaser eine Annäherung des österreichischen Strafrechts an das Strafrecht des damals neu gegründeten Deutschen Reiches angestrebt. Der Glaser'sche Entwurf eines österr. Strafgesetzes war dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch nachgebildet, ja in wesentlichen Punkten mit ihm übereinstimmend. Die späteren österr. Entwürfe waren bis zum Entwurf Schönborn Ergänzungen und Verbesserungen des Glaser'schen Entwurfes. Gegen den Entwurf Schönborn erhob sich aber Widerspruch, der sich wesentlich darauf stützte, daß der Entwurf keine Fortbildung österr. Rechts, sondern einen Bruch mit österr. Rechtsgedanken bedeute.

Die österr. Entwürfe, welche ausgearbeitet wurden, nachdem Justizminister Gleispach den Entwurf Schönborn im Jahre 1905 zurückgezogen hatte, wollen im Gegensatz zu den früheren Entwürfen eine Fortbildung, eine organische Fortentwicklung österr. Rechtsgedanken sein.

Im Jahre 1905 lehnte man sehr entschieden eine Annäherung im Strafrecht an deutsche Rechtsgedanken ab, man nahm sogar an der Bezeichnung der Freiheitsstrafe mit dem Namen „Zuchthaus“ an Stelle der im österreichischen Recht üblichen Bezeichnung „Kerker“ Anstoß, man tadelte, daß die österr. Entwürfe diese „volkstümliche Bezeichnung“ der Freiheitsstrafe fallen gelassen hatten.

Wer die österr. Verhältnisse kennt, wird zugeben, daß es eine viel leichtere Aufgabe ist, durch getrennte Reformen des österreichischen und deutschen Strafrechts eine Annäherung beider Rechtsgebiete herbeizuführen, als dies auf dem Wege eines für beide Staaten geltenden einheitlichen Rechts herbeiführen zu wollen. Eine Reihe von Gedanken, die sonst Zustimmung fänden, werden in vielen Schichten auf stärksten Widerspruch stoßen, wenn sie als „Einfuhrware“ erkennbar sind, sehr entschiedene Ablehnung finden, wenn sie mit dem Anspruch auftreten, eine Vereinheitlichung des Strafrechts in beiden Ländern herbeizuführen. Die Vereinheitlichung kann auch in der nächsten Zeit nur gelingen, wenn sie allmählich von innen heraus angestrebt wird. Ein übereinstimmendes Strafgesetz in beiden Ländern kann den Endpunkt einer Entwicklungsphase bilden; an den Anfang gesetzt, würde es das Gegenteil des Gewollten erreichen; es würde entzweien statt zu einigen.

IV. Läßt man aber diese Fragen, die teilweise mehr allgemein-politischer Natur sind, beiseite, oder vermag man sich über die Bedenken,

welche sie zum Ausdruck bringen, hinwegzusetzen, so tritt ein weiteres Moment auf den Plan, aus dem entnommen werden kann, daß es zweckmäßig ist, ein immerhin gefährliches Experiment nicht zu wagen, weil der Erfolg, selbst wenn es gelingt, ein zweifelhafter ist.

Als ein Faktor, der im Sinne einer Vereinheitlichung der Kultur wirkt, kommt nicht das geschriebene, sondern nur das lebendige Recht in Frage. Die Vereinheitlichung des Strafrechts in Deutschland und Österreich durch Erlass der gleichen Strafgesetze, würde noch gar nicht das Wirken jener Kräfte sichergestellt, welche allein eine Vereinheitlichung der Kultur herbeizuführen vermöchten. Die gerade in dieser Hinsicht wichtigsten Bestimmungen, die Bestimmungen, welche sich auf die Delikte gegen die Staatsgewalt, die politischen Verbrechen, die Religionsverbrechen, die Sittlichkeitsverbrechen beziehen, würden in den verschiedenen Teilen des großen einheitlichen Rechtsgebietes ganz verschieden ausgelegt und gehandhabt werden, der suggestive Einfluß, der von der Rechtsanwendung in größtem Maße ausgeht, würde sich nicht in einer und derselben Richtung geltend machen. Hierbei setze ich davon ab, daß eine Reihe von Bestimmungen, z. B. zum Schutze der Verfassung und Verwaltung des Staates, gar nicht übereinstimmend abgefaßt werden könnten. Aus meiner Kenntnis der Judikatur in den österreichischen Ländern, kann ich sagen, daß die einzelnen Paragraphen des österreichischen Strafgesetzes in den einzelnen Ländern eine verschiedene Tragweite und Bedeutung haben. Die Bestimmung des § 122 österr. StG. über Gotteslästerung: „Wer durch Reden, Handlungen, in Druckwerken oder verbreiteten Schriften Gott lästert“, die Bestimmung „wer öffentlich der Religion Verachtung bezeugt“, werden in Tirol und Oberösterreich, besonders in ländlichen Gegenden, ganz anders ausgelegt, als in den Großstädten Niederösterreichs, anders als in Böhmen. Die Bestimmungen haben für das tschechische Volk, besonders seit dieses einem gewissen Radikalismus zuneigt, eine ganz andere Bedeutung als für die Deutschen in Böhmen. Man darf bei Beurteilung derartiger Vorgänge nicht ein Moment übersehen, das für die strafrechtliche Wertung so vieler Vorgänge eine Rolle spielt: die psychologische Bedeutung des Wertes, den Gefühlswert desselben. Die Sprache des einen Volkes ist derber, der tägliche Gebrauch gewisser Sprachwendungen nimmt ihnen einen bestimmten Gefühlswert oder verleiht ihnen denselben. Die Judikatur auf dem Gebiete der Beleidigungen ist an solchen Erfahrungen reich.

In Ober-Oesterreich wurde ein Mann, der lose Reden im Wirtshaus geführt hatte, wegen Religionsstörung verurteilt; ein Staatsanwalt in Jungbunzlau (Böhmen), mit dem ich über diesen Fall sprach, konnte dies einfach nicht begreifen; er versicherte mich, daß ähnliche Fälle sich bei ihm vielleicht täglich ereignen, daß ihm aber nicht im Traum einfallt, dagegen einzuschreiten.

Der § 81 StG., „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, wurde in Wien ganz anders ausgelegt als in Prag. Die Statistik der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts dürfte zeigen, um wieviel Anklagen wegen dieses Verbrechens mehr in Wien als in Prag erhoben worden sind. Leider erfährt die Statistik nicht das Wesen der Fälle, sondern die juristische Konstruktion derselben und hat daher für solche Untersuchungen nur symptomatische Bedeutung.

Das Gleiche gilt vom Verbrechen der Majestätsbeleidigung.

Der Fortschritt der Wissenschaft, die Rechtsprechung, die Rechtsanwendung würde in den durch ein einheitliches Strafrecht verbundenen Reichen allmählich wieder zu einer Trennung des Strafrechtes führen, besonders da es an einer Kontrolle der Rechtsprechung durch ein gemeinsames oberstes Gericht fehlen würde. Das österreichische Strafgesetz vom Jahre 1852 hat heute nach 54 Jahren nicht mehr den Inhalt, den es früher hatte, auch nicht in den Bestimmungen, welche sich im Laufe der Zeiten unverändert erhalten haben. Der gedankliche Sinn, der Gefühlswert der die einzelne Gesetzesbestimmung bildenden Worte, hat eine weitgehende Wandlung erfahren, die oft nicht bemerkt wird, weil die Wandlung ganz allmählich vor sich geht. Der „Volksgeist“ ruht nicht, und das Gesetz denkt und will, was vernünftig auslegenden Volksgeist aus ihm entnimmt. Für das Bestreben das Strafrecht zweier Länder zu vereinheitlichen liegen in dieser Hinsicht die Verhältnisse wesentlich ungünstiger als für das bürgerliche, das Handels-, das Wechsel-, das Urheberrecht usw.

Während die Rechts- und Verkehrsakte der letzteren Rechtsgebiete, sehr häufig dem Wirtschaftsleben folgend, die Grenzen eines Reiches überschreiten, nötigen, dazu zu denselben Zuständen in verschiedenen Rechtsgebieten Stellung genommen werde, und so ein Band sich um Angehörige verschiedener Staaten, ist der strafrechtlich relevante Vorgang mit seinen Wirkungen regelmäßig in ein räumlich eng umschriebenes Gebiet gebannt.

Der Gedanke, durch ein übereinstimmendes Strafrecht eine einheitliche Kultur herbeizuführen, erinnert etwas an die Bestrebungen der Vereinheitlichung der Sprachen durch Einführung des Volapük oder des Esperanto. Die Sprachvereinigungsbestrebungen verkennen die

Bedeutung psychologischer Grundsätze, sie verkennen, daß das Symbol, das lautliche Zeichen, keinerlei Gewähr in sich trägt für die Anwendung desselben Lautes. Wie schwer wird es beim Sprachunterricht durch Bücher, welche den lebenden Lehrer ersetzen sollen, das Zeichen zu finden, das dem einer fremden Sprache Unkundigen in Zeichen seiner Sprache den Laut der fremden Sprache deutlich machen soll. Das Strafgesetz, das als ein einheitliches mitteleuropäisches erlassen würde, würde in der Rechtsanwendung ein einheitliches nicht sein, zumal ohne Organe, welche für die praktische Geltung des Einheitsgedankens Sorge zu tragen hätten.

Das aus dem Einheitsgedanken geborene formell gleiche Recht wäre aber in vieler Hinsicht ein Hindernis für den Fortschritt: mancher Reformgedanke bliebe unverwirklicht, weil eine Einigung über das Neue nicht so rasch durchgeführt werden könnte und weil dann der Fortschritt zum Opfer fiele der Einheit als dem schwerer errungenen Gut.

VI. Die bisherige Betrachtung ergibt, daß das Ziel, dessen Verwirklichung den Anhängern eines einheitlichen mitteleuropäischen Strafrechts vorsteht, die Anwendung dieses Mittels nicht verlangt. Der Kampf gegen das Verbrechen kann ohne ein einheitliches Strafrecht nach gemeinsam für richtig erkannten Grundsätzen geführt werden, weil die Festsetzung dieser Grundsätze in weitem Umfange Sache der Verwaltung ist und diese im Rahmen der voneinander abweichenden Gesetze zu den gleichen als richtig erkannten Maßregeln greifen kann. Die Vergangenheit gibt uns hierfür Beispiele.

Im Wege der Verwaltung wurde in Deutschland die bedingte Vergnadigung durchgeführt, Österreich folgte einige Jahre später mit der Einführung der analogen Maßregel. Wer die Volksseelen kennt, wird mir zustimmen, daß beide Reiche dieses Institut höchst wahrscheinlich noch heute nicht hätten, wenn eine zwischenstaatliche Vereinbarung die Voraussetzung der Einführung gewesen wäre. Schon die Zunahme der Zahl der beteiligten Behörden hätte die Arbeit erschwert, die Erreichung gefährdet. Auch in manchen anderen Punkten ist eine Annäherung zwischen deutschem und österreichischem Strafvollzug vor sich gegangen, zum Teil unter Einfluß der Tagungen des Vereins deutscher Strafanstaltsbeamter. Deutsche und österreichische Strafanstaltsbeamte haben aus gemeinsamer Beratung neue Ideen mitgebracht und sich in ihren Ländern bemüht, sie zu verwirklichen. Wer an dem Neuen mehr Anteil hatte, die Männer von hien oder drüben, das weiß man nicht.

Es ist gut so, es erleichtert dem Fortschritt den Weg. Mehr als Einzelne sind Völker auch gegen einen leisen Druck von außen empfindlich, noch mehr als Einzelne sind sie auf Wahrung der eigenen Würde bedacht; selbst der Schein wird gemieden, dort oder da nicht selbständig gewesen und sei es auch nur in geistige Abhängigkeit geraten zu sein. Diese Strömung wird nach dem Kriege sehr bemerkbar sein, sie wird als natürliche psychische Reaktion in Erscheinung treten. Wahre und echte Freunde der waffenbrüderlichen Vereinigung müssen dies beachten.

Die Anschauung, daß die Vereinheitlichung des Strafrechts als wissenschaftlicher Gewinn in Betracht käme, vermag ich auch nicht zu teilen. Die weitaus wichtigste Aufgabe der Rechtswissenschaft, die bedeutungsvollsten wissenschaftlichen Fragen sind von dem dort oder da geltenden Recht unabhängig.

Die wissenschaftliche Aufgabe der Darstellung dieses oder jenes (zeitlich und räumlich) bedingten Rechts soll nicht gering eingeschätzt werden. Es fordert eine Fülle von Arbeit, den Gedankengehalt eines Gesetzes zu erschöpfen, ihn in eine lückenlose systematische Darstellung zu bringen.

Aber die Verschiedenheit der Formulierung von Gedanken, die Übereinstimmungen und Antithesen, die sich bei dem Vergleich der verschiedenen Gesetze ergeben, sind für die Wissenschaft von größtem Wert. Nur wenige Vertreter deutschen Schrifttums bieten das keineswegs nachahmenswerte Beispiel, daß sie bei Darstellung deutschen Strafrechts die Literatur zu fremdem Recht völlig ignorieren, als ob sie daraus nichts lernen könnten, oder sich an die Außerlichkeit halten, ob die auswärtige Literatur in der Form einer „Abhandlung“ in Erscheinung getreten ist. Es wird keiner Mißdeutung begegnen, wenn ich, dessen Arbeitsgebiet zum großen Teil in systematischer Darstellung österreichischen Rechts besteht, die Behauptung aufstelle, daß man für die wissenschaftliche Erkenntnis, auch des besonderen Teiles des deutschen Strafrechts, mehr Gewinn ziehen kann, wenn man neben den Darstellungen heimischen Rechts auch eine Darstellung fremden Rechts verarbeitet, als wenn man möglichst lückenlos die Literatur zum heimischen Recht erschöpft.

Der Gedankengehalt und die Brauchbarkeit von Rechtsfällen ergibt sich oft am deutlichsten, wenn man sie an dem aus fremdem Recht entlehnten Maße mißt.

Die angestellten Erwägungen drängen zu dem Schlusse: die theoretischen und praktischen Vorteile einer Vereinheitlichung deutschen und österreichisch-ungarischen Strafrechts wären geringe, die Gefahren, welche dem Bestreben, eine weitergehende Annäherung beider Reiche herbeizuführen, drohen, groß. Die Wahl kann nicht schwer fallen. —

21.

Die Schwierigkeiten der Ermittlung verpfändeter Diebesbeute.

Von Dr. jur. Hans Schneidert, Berlin.

Der Dieb, der aus der Verfilberung gestohlener Wertfachen ein Gewerbe macht, kennt meistens die allgemeinen Schwierigkeiten, das Gestohlene schnell und sicher unterzubringen; er hat in dem gewerbsmäßigen Fehler seinen ständigen und sicheren Abnehmer und kann nicht erst warten, bis sich ihm eine günstige Gelegenheit zum Verkauf bietet. Der Geschäftsgebrauch bringt es daher mit sich, daß der gestohlene Schmuckgegenstand oder das silberne Tafelgerät in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird und als Gold, Silber oder Platin einerseits und lose Edelsteine andererseits wieder in den Verkehr gebracht werden. Durch dieses Unkenntlichmachen, durch Ausbrechen der Edelsteine und Zerschneiden oder Einschmelzen des Edelmetalls verliert der Wertgegenstand die Fähigkeit, als gestohlenes Gut ermittelt und wiedererkannt zu werden. Gleichgültig, ob dies die Regel oder die Ausnahme des Wiederinverkehrbringens gestohlener Wertfachen bildet, gibt es aber doch auch zahlreiche Fälle, in denen das gestohlene Gut in unverändertem Zustande zu Geld gemacht wird, sei es durch Verkauf „unter der Hand“ (an geeignete Händler oder Prostituierte), sei es durch Verpfändung in Verfaßgeschäften oder öffentlichen Leihämtern und Weiterverkauf der Pfandstücke. Dieses täglich geübte Verfahren der Verpfändung gestohlener Wertfachen und die daraus erwachsenden Schwierigkeiten der Wiedererlangung sollen im Nachstehenden einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Durch geeignete polizeiliche Bekanntgabe der als gestohlen gemeldeten oder sonst abhanden gekommenen Wertgegenstände werden die Pfandleiher und ähnliche Gewerbetreibende regelmäßig vor Ankauf gewarnt; auch dient die ständige polizeiliche Kontrolle der Pfand-